

Pressemitteilung vom 08.02.2017

„Wassergesetz nicht verschärfen“

Landvolk warnt vor Flächenverlusten – Kritik an Landesregierung – Aufruf zu Protestschreiben

Cloppenburg. Vor dem Verlust von bis zu 80.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche durch die geplante Verschärfung des Wasserrechts warnt der Kreislandvolkverband Cloppenburg. Die rot-grüne Landesregierung plane ein Ausbringungsverbot von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln aller Art auf einem fünf Meter breiten Randstreifen an fast allen Gewässern. Dort könne beispielsweise eine gezielte Bekämpfung von giftigen Unkräutern wie dem für Menschen gefährlichen Jakobskreuzkraut nicht mehr erfolgen, kritisiert das Landvolk in einer Pressemitteilung.

Hubertus Berges, Vorsitzender des Kreislandvolkverbandes Cloppenburg: „Wir sehen in diesen Plänen einen unzumutbaren Eingriff in die Nutzung des Eigentums, verbunden mit einem erheblichen wirtschaftlichen Schaden für die Landwirte. Betroffen sind immerhin gut drei Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in Niedersachsen.“

Kein Einzelfall: Landwirt Thomas König aus Friesoythe. Der Schweinehalter bewirtschaftet 56 Hektar Ackerland und sieben Hektar Grünland. Die Flächen sind vielfach von Gräben durchzogen, an deren Ufer die neue Regelung greifen würde. König hat gerechnet. Ihm geht ein kompletter Hektar Ackerland verloren, sollte das Land sein Vorhaben durchsetzen und sollten große Gewässerrandstreifen nicht mehr landwirtschaftlich zu nutzen sein.

König sieht den Plan aus Hannover kritisch: „Mir wird indirekt unterstellt, ich würde Boden und Gewässer zerstören. Ist doch klar, dass ich daran überhaupt kein Interesse habe. Zur guten fachlichen Praxis gehört doch, dass ich die Gülle im schonenden Verfahren zum Beispiel mit Schleppschlauchtechnik ausbringe.“ Die Politik aus Hannover schwäche seinen Betrieb, der wirtschaftliche Verluste hinnehmen müsse.

Hubertus Berges und seine Berufskollegen fordern Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel auf, von der Verschärfung der Bestimmungen Abstand zu nehmen. Den Regierungsparteien in Niedersachsen wirft das Landvolk vor, mit der Novelle des Wasserrechts gezielte Politik gegen die Interessen der Landwirtschaft zu betreiben. Berges: „Nach dem Versuch, über die Novellierung der Landesraumordnung der Landwirtschaft zu schaden, wird nun eine weitere Attacke in diese Richtung unternommen.“

In weiten Teilen des Landes sei in den vergangenen zehn Jahren die Düngerausbringung auf die Felder erheblich reduziert worden. Das lasse diese Landesregierung leider vollkommen unberücksichtigt.

Der Entwurf zur Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes befindet sich derzeit in der Verbandsanhörung. Er soll noch im Sommer vom Landtag in Hannover verabschiedet werden. Berges: „Das Thema ist viel zu wichtig, um es vor der nächsten Landtagswahl noch in großer Eile durch die Instanzen zu peitschen. Rot-Grün macht die Landwirtschaft damit zum politischen Spielball.“ Berges rief die Mitglieder seines Verbandes dazu auf schriftlich bei Minister Wenzel zu protestieren (mehr Infos auf www.kreislandvolkverband.de).

Bildunterschrift:

Landwirt Thomas König aus Friesoythe muss an den Gräben, die seine landwirtschaftlichen Nutzflächen durchziehen, fünf Meter unbearbeitet lassen, falls der Landtag der Regelung zustimmt. Das Landvolk spricht von „Enteignung“.

Bild: Landvolk